

## Medien-Information der FDP-NRW

Montag, 30. August 2010

### Pinkwart-Gastbeitrag für „Die Welt“

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, hat für „Die Welt“ den folgenden Gastbeitrag (Ausgabe 28.08.2010) verfasst.

Das von der Bundesregierung geplante Energiekonzept führt bereits zu heftigen Diskussionen, ohne dass es bislang vorgelegt wurde. Besonders zwei Punkte werden in der Öffentlichkeit diskutiert: Zum einen die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke. Und zum anderen die Einführung einer Brennelementesteuer sowie einer weiteren Abgabe für die Betreiber von Atomkraftwerken. Zu Recht wird über beide Aspekte eine kontroverse Debatte geführt, dennoch greift die aktuelle Diskussion zu kurz. Denn längere Kraftwerkslaufzeiten dürfen weder Selbstzweck sein, noch eignen sich deren Windfalls zum Kuhhandel zwischen gewinnorientierten Unternehmen und um das Stopfen von Haushaltslöchern bemühten Politikern.

Ziel eines Energiekonzepts muss es vielmehr sein, eine umweltgerechte, bezahlbare und sichere dauerhafte Energieversorgung für eine der größten Industrienationen der Welt zu sichern. Essenzieller Bestandteil einer nachhaltigen Konzeption ist eine Stärkung des Wettbewerbs im gesamten Energiesektor. Der Markteintritt für neue Unternehmen im Energiebereich muss erleichtert und die konzentrierte Herrschaft der vier großen Energieanbieter aufgebrochen werden. Hierzu gilt es, das Bundeskartellamt weiter zu stärken, damit es seiner Rolle als Hüter des Wettbewerbs in Deutschland effektiv nachkommen kann. Der Wettbewerb darf jedoch auch nicht an den Grenzen des Nationalstaats enden. Eine stärkere Anbindung des deutschen Strommarkts an den europäischen Binnenmarkt muss den Stromwettbewerb zugunsten der Verbraucher und der Umwelt forcieren. Nur durch einen verstärkten Wettbewerb werden Innovationen vorangetrieben und faire Verbraucherpreise bei hohen Umweltstandards möglich.

Mit dem geplanten Atomausstieg und der verstärkten Förderung erneuerbarer Energien hat die rot-grüne Bundesregierung für einen Fortschrittsschub im Energiebereich gesorgt. Dabei erweist sich die friedliche Nutzung der Atomenergie über das Jahr 2020 hinaus als notwendig, um die Versorgungssicherheit und die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele

zu gewährleisten. Denn entscheidend ist, dass die zeitliche Brücke das rettende Ufer auch tatsächlich erreicht und nicht im rauen Gewässer endet. Da es für die dauerhafte Nutzung der Kernenergie, man kann das aus guten Gründen bedauern, anders als bei unseren Nachbarn keinen Konsens gibt, geht es nicht um den Ausstieg aus dem Ausstieg, sondern lediglich um eine sachnotwendige Modifikation. Nicht zuletzt aus ethisch-moralischen Gründen ist es der Politik außerdem als dringende Aufgabe ins Stammbuch geschrieben, die Frage der Sicherheit der Anlagen und der Entsorgung des atomaren Abfalls endlich zu klären. Hier haben sich auch die rot-grünen Regierungen nicht mit Ruhm bekleckert.

Mit höchster Priorität müssen parallel dazu Forschung und Entwicklung sowie der effiziente Einsatz erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Der fortschreitende Klimawandel und der weltweit wachsende Energiehunger belegen die zunehmende Bedeutung dieser Problematik. Gegenstand der Energieforschung muss es sein, fortschrittliche Technologien in einem bezahlbaren, möglichst breiten Energiemix zu stärken. Die Energiespeicherung, alternative Antriebe, leistungsfähige Stromübertragung und intelligente Netzsteuerungstechnik sind hier von großer Wichtigkeit. Der Wettbewerb um die Entwicklung der besten Technologien wird die besten Lösungen hervorbringen.

Ein vielfältiger Energiemix ist einer ideologisch verengten Politik in allen Belangen überlegen. Moderne, umweltschonende Investitionen tragen außerdem dazu bei, Beschäftigung in unserem Land zu sichern. Eine nachhaltige Energiekonzeption für die kommenden Jahrzehnte kann sich nicht allein an den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnisse ausrichten. Sie muss vielmehr um möglichst breiten Konsens bemüht sein, nicht zuletzt auch im Interesse der zu Recht an Investitionssicherheit interessierten Anlagenbauer und -betreiber. Deshalb darf die Bundesregierung ihr Anspruchsniveau nicht allein an dem gerade noch ohne Zustimmung des Bundesrats zulässigen Rahmen ausrichten. Ich wünsche mir ein Konzept für Deutschland, das von der Sache her auch für die Mehrheit der Bundesländer zustimmungsfähig wäre.